



HESSISCHER LANDTAG

11. 05. 2010

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Antrag der Fraktion DIE LINKE

**betreffend Armeeprivileg in Schulen verhindern: keine
Rahmenvereinbarung mit der Bundeswehr!**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, "dass das Kind umfassend auf ein individuelles Leben in der Gesellschaft vorbereitet und im Geist der in der Charta der Vereinten Nationen verkündeten Ideale und insbesondere im Geist des Friedens, der Würde, der Toleranz, der Freiheit, der Gleichheit und der Solidarität erzogen werden" (UN-Kinderrechtskonvention) soll.
2. Der Landtag fordert daher die Landesregierung auf, keine privilegierende Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr abzuschließen und der Bundeswehr keinen Zugriff auf Aus- und Fortbildung von Referendarinnen und Referendaren sowie Lehrkräften zu ermöglichen.
3. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Unterrichtung von Schulklassen in- und außerhalb von Schulen durch sogenannte Jugendoffiziere für unvereinbar mit dem Bildungsauftrag sowie der UN-Kinderrechtskonvention zu erklären und in Zukunft zu unterbinden.

Begründung:

In letzter Zeit bemüht sich die Bundeswehr verstärkt um Einfluss an Schulen. Es wurden Fälle bekannt, dass Waffenschauen und Informationsveranstaltungen auf Schulhöfen und in Turnhallen stattfanden.

Kooperationsabkommen zwischen Bundeswehr und Landesregierungen, wie diese in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Saarland und Rheinland-Pfalz bereits geschlossen und seitens Hessen in Vorbereitung sind, unterstützen dieses offensive Werben der Bundeswehr um Kriegszustimmung und Nachwuchskräfte massiv.

In den bisher geschlossenen Abkommen wird zwar betont, dass für Tätigkeiten in der Bundeswehr nicht direkt geworben werden dürfe. Faktisch findet mit der euphemistischen Darstellung vermeintlich guter Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen durch Jugendoffiziere eben solche Werbung jedoch statt.

So stellt exemplarisch der Jahresbericht der Jugendoffiziere der Bundeswehr 2004 vom 9. Mai 2005 mehrmals fest, dass Ausbildungs- und Berufsangebote im deutschen Militärapparat ständig begehrter würden. Vor dem Hintergrund zunehmender Perspektivlosigkeit wüchse das Interesse besonders in Haupt- und Realschulen, aber auch in Gymnasien. Dort würden die Jugendoffiziere zunehmend mit der "Suche nach einem Ausbildungs- oder Studienplatz" konfrontiert. "Die Sorge um die eigene wirtschaftliche Zukunft" sowie "drohende Chancenlosigkeit" bestimmten dabei das Bild.

Zudem werden in den bisherigen Kooperationsvereinbarungen der Bundeswehr weitreichende Möglichkeiten im Bereich der politischen Bildung/des Politikunterrichts sowie der Aus-, Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte und Referendare eingeräumt und sollen Landesregierungen zu, Bildungsangebote der Bundeswehr in ihren Amtsblättern und auf ihren Online-Plattformen bekannt zu machen.

All diese Maßnahmen verfolgen dabei immer denselben Zweck: Krieg, Waffengewalt und gezielter Mord werden als notwendige, legitime und sachgemäße Mittel vermeintlicher "Friedenssicherung" dargestellt.

Wiesbaden, 11. Mai 2010

Der Parl. Geschäftsführer:
Schaus